

[Jens Beckert](#) | Essay | 05.06.2024

Der Klimawandel als Krise sozialer Ordnung

Antwort auf die Kommentare von Petra Pinzler, Wolfgang Streeck und Leon Wansleben

Den Klimawandel als ein tückisches Problem zu verstehen, bedeutet nicht leichtfertig vermeintlich schnelle Lösungen zu setzen. Die exzellenten Kommentare von [Petra Pinzler](#), [Wolfgang Streeck](#) und [Leon Wansleben](#) – alle drei hervorgegangen aus einer Veranstaltung am MPIfG anlässlich der Veröffentlichung des Buches *Verkaufte Zukunft* im März 2024 – zeigen auf jeweils andere Weise, weshalb beim Klimawandel das Rettende nicht aus der Gefahr erwächst. Auch fast vierzig Jahre nach dem berühmten Auftritt des NASA-Wissenschaftlers James Hansen vor dem US-Kongress, mit dem der Klimawandel ins Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit rückte, steigen die jährlichen Treibhausgasemissionen weiter an und die erst 2015 vereinbarten Pariser Klimaziele rücken in Anbetracht des sich erwärmenden Planeten in unerreichbare Ferne. Der Klimawandel ist, ebenso wie andere ökologische Krisen, ein vollkommen ungelöstes Problem, dessen Dringlichkeit mit den immer deutlicher zutage tretenden Folgen der Klimaerwärmung von Jahr zu Jahr zunimmt.

Verkaufte Zukunft führt dieses Versagen bei der Bekämpfung des Klimawandels auf die Strukturen unseres Gesellschaftssystems zurück. Nicht nur auf die gewinnhungrigen Unternehmen der fossilen Industrie, sondern auch auf die Funktionsweise des politischen Systems, die Macht etablierter Lebensformen und die kulturelle Identität der sich seit 500 Jahren entwickelnden Sozialordnung der kapitalistischen Moderne. Das Buch richtet sich damit gegen individualisierende und moralisierende Interpretationen des Versagens in Anbetracht des Klimawandels, die die Willensschwäche der Einzelnen und individuelle Rücksichtslosigkeit als den Kern des Problems beschreiben. Es wendet sich auch gegen Analysen, die den Schwarzen Peter allein der Ölindustrie zuschieben. Petra Pinzler bringt diesen Ausgangspunkt des Buches in ihrem Kommentar sehr gut auf den Punkt.

Verkaufte Zukunft führt viel diskutierte Einzelbefunde zum Handeln von Unternehmen, Politik, WählerInnen und KonsumentInnen zusammen und ordnet sie mit den Werkzeugen der Sozialwissenschaften ein, wobei die Handlungsweisen der Akteure anhand der „Codierungen“ von Sozialsystemen erklärt werden. Dabei geht es nicht darum, neue Theorien zu entwickeln, sondern die Befunde mithilfe der vorhandenen Instrumente der Sozialwissenschaften besser einzuordnen. Die Unterscheidung zwischen Wirtschaft, Staat und Bevölkerung (WählerInnen und KonsumentInnen) nimmt Anleihen bei soziologischen

Differenzierungstheorien – Eingeweihte werden unschwer die Patenschaft von Talcott Parsons, Niklas Luhmann und Jürgen Habermas erkennen –, verschreibt sich deren Prämissen aber nicht dogmatisch. Es geht allein darum, die Reaktionen auf den Klimawandel aus den Strukturen der Sozialsysteme und deren konflikthafter Interdependenzen zu verstehen. Dieses differenzierungstheoretische Werkzeug bietet eine Linse, durch die wir einen soziologischen Blick auf die Problematik des Klimawandels werfen können.

Leon Wansleben stellt in seinem Kommentar dieses soziologische Anliegen des Buches in den Vordergrund: Der Klimawandel ist längst zu einer Krise der sozialen Ordnung geworden und diese Krise droht sich mit fortschreitender Erderwärmung zu verschärfen. Folglich muss sich politisches Handeln darauf richten, soziale Ordnung unter diesen Bedingungen zu stabilisieren. Wie lassen sich die aus dem Klimawandel erwachsenen Konflikte befrieden? Dass die Klimaveränderung soziale Ordnung angreift, hat strukturelle und ideelle Ursachen. Die Folgen des Klimawandels produzieren Verluste für die Betroffenen, sei es der Verlust oder die Beschädigung von Vermögen und Lebensgrundlagen durch Waldbrände, Dürren, Starkregenereignisse oder einen steigenden Meeresspiegel. Dies gilt im globalen Norden, jedoch noch in viel größerem Ausmaß im globalen Süden. Verluste entstehen aber auch durch die ökologische Transformation, wenn etablierte, gut funktionierende Geschäftsmodelle eingestellt und enorme Transformationskosten geschultert werden müssen, die etwa für den Aufbau einer neuen Energieinfrastruktur, für die Umstellung der Stahlproduktion oder im privaten Bereich für den Einbau neuer Heizungen aufgewandt werden müssen. Die ökologische Transformation ist vor allem ein Problem der Abwicklung und damit ein Problem der Verteilung und der Kompensation von Verlusten.^[1] Dies läuft dem Gesellschaftsmodell der kapitalistischen Moderne zuwider, das soziale Konflikte durch materiellen Zuwachs und dessen breite Verteilung zu bändigen gelernt hat. Zumindest in den Ländern des globalen Nordens war dieses Gesellschaftsmodell seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts enorm erfolgreich. Durch die ökologischen Krisen wird es jetzt infrage gestellt.

Zum anderen führt der Klimawandel zu einer Legitimationskrise des Gesellschaftsmodells der kapitalistischen Moderne, weil sich Wirtschaft, Politik und Bürger in einem Dickicht von schier unauflösbaren Widersprüchen verfangen. Energieunternehmen, die einerseits mit ihrem Produkt die Voraussetzungen moderner Lebensweisen schaffen, sehen sich andererseits für die Umweltfolgen ihres Produktes an den Pranger gestellt. Sie reagieren mit der Propagierung edler Klimaziele, die meist nichts als Blendwerk sind, weil Unternehmen trotz aller Umweltschäden den Gewinninteressen ihrer Eigentümer Vorrang einräumen. Menschen wissen, dass die Defossilisierung der Energieversorgung erforderlich ist, wollen die Konsequenzen der Energiewende in Form von unschönen Windrädern oder Stromleitungen aber nicht in der Nähe ihrer Vorgärten sehen. Ähnliches lässt sich bei Essgewohnheiten beobachten. Der Fleischkonsum in Deutschland ist rückläufig, vor allem junge und besser gebildete Bevölkerungsgruppen stehen einer fleischreduzierten oder fleischlosen Ernährung aufgeschlossen gegenüber – viele andere hingegen haben das Gefühl, ihnen würde ins Mittagessen hineingeredet. Menschen wissen, dass sie aus Gründen des Klimaschutzes weniger fliegen sollten – gleichzeitig nimmt der Flugverkehr stetig zu. Bis 2040 wird er sich, so die Prognose, noch einmal verdoppeln. Wolfgang Streeck weist in seinem Beitrag sehr präzise auf diesen „Konservatismus des Alltagslebens“ hin, demzufolge eingelebte Praktiken und Routinen sich nur in sehr langfristigen Prozessen kulturellen Wandels verändern. Im politischen Raum fordern soziale Bewegungen wie *Fridays for Future* oder *Last Generation* einen radikalen Kurswechsel in der Klimapolitik und stoßen dabei auf PolitikerInnen, die zwischen der wirtschaftlichen Macht von Interessengruppen und den unterschiedlichen ideologischen Überzeugungen ihrer WählerInnen aufgegeben werden. Wenn jede Beschränkung als illegitimer Eingriff in individuelle Freiheitsrechte verstanden wird^[2] und

der Staat um jeden Preis schlank sein soll,^[3] wird Klimapolitik bereits an der Wahlurne gestoppt. International ist klar, dass die Verringerung der Treibhausgasemissionen davon abhängt, dass Indien, Indonesien oder Nigeria nicht zum nächsten China werden, welches sich innerhalb weniger Jahrzehnte zum weltweit größten Emittenten entwickelt hat. Doch wie wollte man den Ländern des globalen Südens ihre wirtschaftliche Entwicklung untersagen? Daher wird sich der Treibhausgasausstoß in den nächsten Jahrzehnten in andere Länder verlagern. Hinzu kommt, dass – wie Wolfgang Streeck sehr treffend darlegt – Rüstung und Krieg, also Formen politischen Handelns, die in einer zunehmend instabilen internationalen Staatenordnung an Bedeutung zunehmen werden, den Klimawandel nochmals befeuern.

Wo man auch hinschaut, in der Klimapolitik stößt die Umsetzung hehrer Klimaziele auf die Strukturen des Gesellschaftssystems und führt zu schier unüberwindbaren Widersprüchen. Die Problemlagen stauen sich auf und bleiben ungelöst, wie Leon Wansleben richtig diagnostiziert. Die Politik weiß längst, dass sie die weitere Klimaerwärmung nicht wird verhindern können, und das Scheitern an der ureigenen Aufgabe des Gefahrenschutzes der Bevölkerung kostet sie Output-Legitimation. Wirtschaft, Politik und Bürger handeln im Rahmen struktureller Vorgaben, die es ihnen unmöglich machen „das Richtige“ zu tun – trotz des Wissens um die dramatischen Folgen fortschreitender Klimaerwärmung. In der Folge spitzt sich die politische Polarisierung zu und die fehlende Aussicht auf Problemlösung erzeugt gesellschaftliche Anomie, die sich etwa in steigender Zukunftsangst junger Menschen zeigt.^[4] Die soziale Komplexität steigert sich und wird von den Sozialsystemen nicht mehr verarbeitet. Indem es die Widersprüche und das Unvermögen, zu politischen Lösungen zu kommen, hervorhebt, macht *Verkaufte Zukunft* – wie Petra Pinzler in ihrem Beitrag prägnant zusammenfasst – deutlich, „warum die ökologische Frage zur nächsten Klassenfrage werden könnte – und damit demokratiezerstörendes Potenzial hat.“

Damit ist klar, was auf dem Spiel steht: Die sich aufstauende ökologische Krise kann sich zu einer Krise der sozialen Integration auswachsen. Wie dies verhindert oder zumindest eingedämmt werden kann, ist die politische Frage des Klimawandels (und nicht, wie das Klima „gerettet“ werden kann, wenngleich beides natürlich zusammenhängt). Deshalb halte ich auch den von Petra Pinzler angemahnten Begriff der Klimakrise für missverständlich, zumindest wenn damit gemeint sein soll, dass sich das Klima in der Krise befindet. In Krise geraten allenfalls Gesellschaften angesichts der Folgen des Klimawandels sowie der notwendigen Transformation von Wirtschaft und Lebensweise.

In *Verkaufte Zukunft* plädiere ich dafür, sich dieser Realität zu stellen: Es macht keinen Sinn, so zu tun als ließen sich die Pariser Klimaziele noch erreichen, als gäbe es irgendwo eine magische Lösung des Problems, die „wir“ nur umsetzen müssten. Das ist der Gestus wohl der meisten Bücher zu dem Thema, egal, aus welcher politischen Richtung sie kommen. Dass sich *Verkaufte Zukunft* einem solchen Solutionismus verweigert, hat in der öffentlichen Diskussion des Buches (nicht aber bei den Rezensenten dieses Symposiums!) für einige Irritation gesorgt. Ich vermute jedoch, dass der oft bemühte Verweis auf vermeintlich einfache Lösungen (Post-Wachstum, CO₂-Bepreisung, Ende des Kapitalismus, Reduktion des persönlichen CO₂-Fußabdrucks, etc.) vornehmlich dazu dient, die LeserInnen (und möglicherweise auch die AutorInnen) der Bücher zu beruhigen – und sich der eigentlichen Herausforderung damit letztendlich entzieht. Es gibt keine schnelle Lösung für den Klimawandel. Nur wenn zunächst politisch anerkannt wird, welche weiteren Naturveränderungen auf uns zukommen, und klar ist, dass es keine Lösung gibt, die den gordischen Knoten durchschlagen könnte, lassen sich politische Überlegungen darauf konzentrieren, welche Handlungsspielräume es dennoch gibt, die genutzt werden können, um die sich abzeichnende Gesellschaftskrise besser zu handhaben.

Zu unterscheiden ist dabei zwischen Klimaanpassung und Klimaschutz. *Verkaufte Zukunft* betont die Bedeutung der Klimaanpassung nicht nur, weil die Bevölkerung vor den Folgen des Klimawandels geschützt werden muss, sondern auch, weil Maßnahmen der Klimaanpassung möglicherweise eine größere Unterstützung vonseiten der BürgerInnen erfahren können. In diesem Bereich sind am ehesten die „realen Umsetzungserfolge“ zu erwarten, die Leon Wansleben anmahnt und durch die sich möglicherweise auch eine Befriedung der Konflikte in der Klimapolitik erreichen lässt. Wolfgang Streeck – von dessen Ausführungen zum Klimawandel in seinem jüngsten Buch ich viel gelernt habe^[5] – macht deutlich, weshalb die Politik sich dennoch viel stärker auf den Klimaschutz fokussiert: Die Kosten für Maßnahmen wie die Anschaffung von E-Autos und Wärmepumpen lassen sich leichter auf die Bürger abwälzen, wohingegen Maßnahmen der Klimaanpassung Investitionen in Kollektivgüter sind – ob es sich um die Begrünung von Städten, den Bau von Hochwasseranlagen oder der Ausbau des Katastrophenschutzes handelt. Ein finanziell bereits ausgelaugter Staat, der keine Aussichten auf Erhöhung seiner Einnahmen hat, kann sich Klimaanpassung schlicht nicht leisten. Es fehlt, wie Streeck treffend formuliert, das Geld „für die gigantischen Aufräumarbeiten nach einem Jahrhundert der Hochindustrialisierung.“ Hier kommt erneut die Dimension der sozialen Ungleichheit ins Spiel, worauf insbesondere Leon Wansleben hinweist. Wohlhabende Kommunen (und Länder) sind in der Lage, erhebliche Summen in Maßnahmen der Klimaanpassung zu investieren, doch viele Kommunen beziehungsweise Länder sind arm und können dies schlicht nicht leisten. Die Bevölkerung ist damit in unterschiedlichem Maße den Gefahren des Klimawandels ausgesetzt, was die gesellschaftlichen Spannungen noch einmal verstärkt.

Will man dem Klimawandel begegnen, sind gigantische Investitionen nötig. Die Unternehmensberatung McKinsey schätzt diesen Bedarf auf 7 bis 8 Prozent des globalen Bruttosozialproduktes für die nächsten Jahrzehnte. Selbst wenn man diese Zahl für zu hoch hält, ist klar, dass Investitionen drastisch erhöht werden müssten. Und zwar sofort. Auch wenn Staaten und die große Mehrheit der Bürger dieses Geld nicht haben, vorhanden ist es schon. An den globalen Finanzmärkten sind über 450 Billionen Dollar investiert, Finanzanlagen, deren größte Eigentümerin eine kleine Vermögenselite ist. Teile dieses Vermögens müssten für die Aufräumarbeiten der Kollateralschäden der kapitalistischen Moderne aufgebracht werden. Doch die politischen Kräfte, die dieses Geld mobilisieren könnten, sind nirgends in Sicht.

Fußnoten

1. Luuk Schmitz, Timur Ergen, *The Sunshine Problem: Climate Change and Managed Reallocation in the European Union*. MPIfG Discussion Paper, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln 2023.
2. Carolin Amlinger, Oliver Nachtwey, *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*, Berlin 2022.
3. Lukas Haffert, *Die schwarze Null: Über die Schattenseiten ausgeglichener Haushalte*, Berlin 2016.
4. Jens Beckert, „The Exhausted Futures of Neoliberalism: from Promissory Legitimacy to Social Anomy“, in: *Journal of Cultural Economy* 13 (2020), S. 318–330.
5. Wolfgang Streeck, *Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus*, Berlin 2021.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Hannah Schmidt-Ott.

Kategorien: Gesellschaft Kapitalismus / Postkapitalismus Konsum Ökologie / Nachhaltigkeit
Wirtschaft Wissenschaft



[Jens Beckert](#)

Professor Dr. Jens Beckert, Soziologe und Betriebswirt, ist Geschäftsführender Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln.

Teil von Dossier

[Klima und Krise](#)

[Soziale Ordnung in der ökologischen Krise](#)